

WALDENFELS, HANS SJ. **Das neue China nach Maos Tod und das Christentum.** In: Stimmen der Zeit Jhg. 102 Heft 4 (April 1977) S. 253-265.

Anknüpfend an einen Vortrag von Gottlieb Söhngen von 1959 zur Auseinandersetzung zwischen chinesischem und abendländischem Geist versucht Wal-

denfels zunächst Vorurteile über das China Maos abzubauen und die Faszination des chinesischen Gesellschaftssystems zu erklären. Er schildert die „Provokation des neuen China“ und des „neuen Menschen“, den Mao heranziehen wollte. Er kommt nochmals zurück auf die Löwener China-Tagung von 1974, die im Mai 1976 vom China-Arbeitskreis des Deutschen Katholischen Missionsrates im Bon-

ner Albertinum neu durchdacht wurde: auf die Frage, die das neue China an Kirche und Christentum stellt. Eine christliche Heilsvorkündigung für das neue China sei allerdings kein aktuelles Problem. Vorerst müssten sich die Christen fragen lassen, wo ihre Modelle der Freiheit in Selbstlosigkeit gelebt werden. Jedenfalls könne die Sorge um den eigenen Fortbestand die Kirche nicht erneuern.

## Personen und Ereignisse

Papst Paul VI. hat den Wert kirchlicher Basisgemeinschaften für das Wachstum und das Leben der Kirche unterstrichen. Er erinnerte zugleich aber an die „strenge Verpflichtung“ der kleinen Gemeinschaften, in der Einheit der Kirche zu bleiben. Die Gruppen müssten sich ständig darum bemühen, in glaubwürdiger Weise nach dem gleichen Evangelium zu leben und denselben apostolischen Auftrag zu erfüllen wie die ganze Kirche. In bezug auf das Apostolische Schreiben „Evangelii nuntiandi“ (vgl. HK, März 1976, 133 ff.) betonte der Papst, die Basisgemeinschaften dürften sich nicht für die einzigen Hüter des Evangeliums halten und damit sektierisch werden.

Weihbischof Paul J. Cordes (Paderborn) und der Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Friedrich Kronenberg, sind von Papst Paul VI. zu Konsultoren des Päpstlichen Rates für die Laien ernannt worden. Das Gremium wurde erst vor kurzem in den Rang eines ständigen Kurienkardineriums erhoben. Bei den weiteren Ernennungen fiel auf, daß unter den 23 berufenen Laien neun Frauen sind. Ebenso fand Beachtung, daß zwei Ehepaare aus Kolumbien und den USA zu Mitgliedern und ein Ehepaar aus Belgien zu Beratern des Laienrates ernannt wurden.

Der Augsburger Bischof Josef Stimpfle hat sich in scharfer Form von der Zeitschrift „Vox fidei“ distanziert. Er untersagte allen katholischen Kirchen und kirchlichen Einrichtungen die Auslegung, Verbreitung oder sonstige Förderung des traditionalistischen Blattes. „Vox fidei“ stiftet nach Auffassung des Bischofs „Verwirrung unter den Gläubigen und gefährdet die Einheit der Kirche“. Die Ablehnung erstreckt sich offensichtlich auch auf den gleichnamigen Rundfunksender in Portugal. Das inkriminierte Blatt war eine Art Rundfunkzeitschrift des Traditionalistensenders. In der Anfangsphase der Arbeit des Senders waren u. a. der Regensburger Bischof Graber und auch Bischof Stimpfle selbst als Autoren für „Vox fidei“ hervorgetreten. Der Essener Bischof Hengsbach hatte noch 1973 in der Arbeit des Senders ein Zeichen dafür gesehen, daß „die Besinnung wächst“ und „daß sich rettende Kräfte regen“.

Der Ökumene-Referent des Konfessionskundlichen Instituts des Evangelischen Bundes in Bessheim, Reinhard Frieling, hat sich bei der diesjährigen Tagung der Catholica-Referenten der evangelischen Landeskirchen gegen die Alternative „Unterwerfung unter den Papst oder Abschaffung des Papsttums“ ausgesprochen. Angesichts des Ringens der katholischen Kirche um die Reformfähigkeit des Papsttums dürfe die nicht-katholische Christenheit nicht „distanziert und voller Vorurteile“ schon im vorhinein wissen wollen, daß sich doch nichts ändern werde. Katholiken und Protestanten sollen nach Auffassung Frielings möglichst konkret über

ihre jeweiligen Hoffnungen für „ein wahrhaft evangeliumsgemäßes universales Amt in der Kirche Christi“ Auskunft geben. Ein solches Amt sei in einer konziliären Gemeinschaft denkbar, in der der Papst als Repräsentant der größten christlichen Kirche „Promotor und Symbol der Einheit“ sein könne, ohne daß Jurisdiktionsprimat und Unfehlbarkeit auch für die anderen Kirchen gelten müssten.

Im Alter von 64 Jahren starb der Erzbischof von Armagh und Primas von ganz Irland, William Kardinal Conway. Conway war seit 1958 Weihbischof, seit 1963 Erzbischof von Armagh und seit 1965 Kardinal. Im Nordirland-Konflikt versuchte Conway mit dem irischen Episkopat eine vermittelnde Rolle zu spielen. In der strengen Trennung der Konfessionen im Schulbereich, in denen auch Kritiker der nordirischen Kirche eine der Fernursachen für das Weiterschwellen des Hasses zwischen Katholiken und Protestanten sehen, verblieb der verstorbene Kardinal auf einem konfessionalistischen Standort.

Patriarch Justinian, das Oberhaupt der rumänisch-orthodoxen Kirche, ist im Alter von 75 Jahren Ende März gestorben. Er war seit 1948 Patriarch der mit 16 Millionen Gläubigen zweitgrößten orthodoxen Kirche, die erst im Jahre 1885 vom Patriarchat in Konstantinopel ihre Selbständigkeit erhalten hatte. Justinian galt als einer der bedeutendsten orthodoxen Kirchenführer. Er hat sich große Verdienste um die Sicherung des kirchlichen Lebens in Rumänien und um die innere Konsolidierung der rumänischen Orthodoxie erworben. Mit großem Engagement widmete sich der Patriarch auch ökumenischen Aufgaben, in den letzten Jahren auch dem Ziel einer Aussöhnung mit der katholischen Kirche, während seine Rolle bei der Zwangsvereinigung der unierten rumänischen Kirche mit der Orthodoxie bei Katholiken eher in ungunstiger Erinnerung ist. 1970 stattete Justinian der Bundesrepublik auf Einladung der katholischen Bischöfe einen Besuch ab, den Kardinal Döpfner im Jahr darauf erwiderte.

Auf dem ersten Weltkongress für Religionsfreiheit Ende März in Amsterdam, an dem ca. 300 Delegierte aus 30 Ländern teilnahmen, bedauerte der Vorsitzende der UN-Menschenrechtskommission, Theo von Booven, daß man innerhalb der UN seit 15 Jahren um die Verabschiedung einer Erklärung gegen Religionsverfolgung und religiöse Intoleranz bemüht ist, daß aber der politische Wille fehle, eine solche Erklärung durchzusetzen. Beim gleichen Anlaß rechtfertigte Generalsekretär Philipp Potter die Zurückhaltung des ÖRK angesichts der Unterdrückung der Religionsfreiheit im Sowjetbereich mit dem Hinweis, Proteste hätten unerwünschte Folgen. Der ÖRK werde in vielen Fällen durchaus aktiv, er wünsche dabei aber keine Publizität.

Den diesjährigen Templeton-Preis erhielt die Gründerin und Leiterin der internationalen Fokolare-Bewegung,

Chiara Lubich. Der bedeutende Preis, den die Templeton-Gesellschaft „Für den Fortschritt der Religion“ vergibt, wurde ihr mit der Begründung zugesprochen, sie habe die Menschen ermutigt, echte Gemeinschaften zu bilden und einander im Geist der Hochherzigkeit zu dienen. Chiara Lubich stammt aus Trient, wo sie im Jahre 1944 auch die erste weibliche Fokolare-Gruppe gründete. Heute hat die Bewegung auf der ganzen Welt Hunderttausende von Anhängern. Frau Lubich ist nach Mutter Teresa die zweite Frau, die den Preis erhält. Zu den bisherigen Preisträgern zählen ferner Roger Schutz, Kardinal Suenens und Sarvapalli Radhakrishnan.

Die Vollversammlung der Bischöfe der anglikanischen Kirchenprovinz von Uganda, Ruanda, Burundi und Boga-Zaire wählte am 19. März den Bischof von Madi und „West-Nil“, Silvain G. Wani, zum Nachfolger des ermordeten Erzbischofs Janani Lukwago. Der neue Bischof ist verheiratet, Vater von sechs Kindern und ein Verwandter von Präsident Idi Amin Dada.

An der Weihe des Bischofs von Solwezi in Sambia, Severiano Abdón Potani OFMConv., nahm der Präsident der Republik Sambia, Kenneth Kaunda, mit einer Gruppe hoher Regierungsbeamter teil. Der Präsident beteiligte sich aktiv an der Zeremonie, indem er die erste Lesung sprach. Anschließend daran hielt er eine Ansprache (die Weihe fand auf dem Platz vor der Kathedrale statt), in der er u. a. darlegte, daß man in Sambia, wo der Humanismus die nationale Philosophie sei, unmöglich Politik und Religion voneinander trennen könne und daß die meisten, die an den Humanismus glauben, auch an Gott glauben. Politik und Religion seien für sie „die beiden Seiten ein und derselben Münze“. Die Politik, sagte Kaunda, diene dem Menschen, dem Geschöpf Gottes, in seinen zeitlichen Bedürfnissen. Aber eine materielle Entwicklung werde niemals vollständig sein ohne geistliche und sittliche Entwicklung.

Der südafrikanische Unterrichtsminister Piet Koohof erklärte, die Regierung werde gegen katholische weiße Schulen, die Schwarze aufgenommen haben, einstweilen keine Maßnahmen ergreifen. Bei einer Aussprache zwischen Vertretern der Regierung und der Kirche sei man übereingekommen, die Sache an das Regierungskabinett weiterzuleiten. Über Maßnahmen gegen die Schulen, die die Apartheidsgesetze Südafrikas umgehen, werde man erst Ende des Jahres entscheiden, sagte er, vorausgesetzt, daß keine weiteren nichtweißen Kinder aufgenommen werden. Im übrigen habe man sich darauf geeinigt, daß keine der beiden Seiten neue Kommentare oder Erklärungen abgibt, solange nicht die Entscheidung des Kabinetts bekannt sei.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Knecht-Verlags, Frankfurt, bei.